Nr. 145.2024
05. Juli 2024

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Kultur und Medien

Stärkung für den Filmstandort Deutschland

Das heute vereinbarte Wachstumspaket stärkt auch unseren heimischen Filmstandort. Mit der Einführung eines Steueranreizmodells nehmen wir eine wichtige Hürde und schaffen mehr Planbarkeit und Sicherheit für internationale Filmprojekte in Deutschland.

Helge Lindh, *kultur- und medienpolitischer Sprecher:*

„Mit dem heute beschlossenen Wachstumspaket setzen wir auch auf innovative Steueranreize, um den Filmstandort Deutschland zu stärken. Angesichts der zunehmenden internationalen Konkurrenz und der wachsenden Bedeutung von Streamingdiensten und Mediatheken ist es unerlässlich, unsere Förderinstrumente weiterzuentwickeln. Steuerbasierte Förderinstrumente bieten einen besonderen Anreiz für Hersteller und Produktionsdienstleister, da bei ihnen – anders als bei einer gedeckelten Zuschussförderung, wie wir sie heute haben – nicht das Risiko besteht, dass ein „Topf“ bereits ausgeschöpft ist, wenn die Förderung benötigt wird. Das bedeutet mehr Planbarkeit und Sicherheit. Nun brauchen wir noch die Investitionsverpflichtung, um den Dreiklang aus Filmförderungsgesetz und Steueranreizmodell zu vervollständigen. Nur zusammen holen wir internationale Filmprojekte und Investitionen nach Deutschland und fördern gleichzeitig die kulturelle Vielfalt und Kreativität in unserem Land.“

Michelle Müntefering*, zuständige Berichterstatterin:*

„Die Filmzulage als Steueranreizmodell ermöglicht entscheidende Investitionen in den Filmstandort Deutschland. Sie ist ein wichtiger Teil der Einigung der Ampel, denn damit fördert Deutschland die Kultur und gleichzeitig einen besonders leistungsstarken Wirtschaftszweig. Das ist ein guter und ein notwendiger Weg, eine Initiative, damit Deutschland auch als Filmstandort weiter attraktiv und erfolgreich bleibt. Die große Reform der Filmförderung nimmt damit eine wichtige Hürde. Klar ist aber auch: Sie ist damit noch nicht abgeschlossen. Claudia Roth muss als zuständige Staatsministerin nun die kommenden Wochen für gute Verhandlungen nutzen, damit die Reform als Ganzes zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten kann.“

Impressum

Nr. 145.2024 / 05. Juli 2024

Herausgeberin: Katja Mast
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag